



DeutschlandRadio

Aufnahme: Samstag 25.Mai 1996, 10:00 Uhr
Funkhaus (RIAS), Studio 9, Hans-Rosenthal-Platz, D-10825 Berlin
Sendetermin: Pfingstmontag 27. Mai 1996, 12:20 - 12:28 Uhr
SIGNALE - GEDANKEN ZUR ZEIT

Kernenergie morgen

HANS-PETER DÜRR

Eine alte schwärende Wunde ist wieder aufgebrochen: Bürgeraufstand im Wendland gegen Atommülltransporte ins Zwischenlager Gorleben. Immer der gleiche Teufelskreis:

- Tausende engagierte, friedliche Demonstranten, mit denen viele im ganzen Lande sympathisieren,
- dann besorgte und wild-entschlossene Bürgerinnen und Bürger, die in diesem aus ihrer Sicht existenziell wichtigen Fall aktive Behinderung auch mit Sachbeschädigungen für ihr legitimes Widerstandsrecht halten und zur Tat schreiten,
- aber dann auch unvermeidbar, wenige radikale Gruppen, die Zoff mit der Staatsgewalt suchen und gewalttätig werden;
- und schließlich eine Obrigkeit, die, Recht und Ordnung verteidigend und die wenigen Gewalttätigen vor Augen, tausenden von Polizisten in einem martialisch wirkenden, sündteuren Großeinsatz befiehlt, dieser Unbotmäßigkeit "mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten".

Danach: Wechselseitige Schuldzuweisungen für die ungewollte Eskalation. Allgemeine Ratlosigkeit, wie dies denn weitergehen soll angesichts der Notwendigkeit von über 100 weiteren solcher Transporte in den nächsten 10 Jahren. Nachdenklichkeit - ja! Aber warum nicht vorher?

Denn wir dürfen die vielfältigen Auslöser von Gewalt nicht mit deren eigentlichen Ursachen verwechseln. Grund sind doch die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Energiepolitik in unserem Lande. Obwohl die Kernenergie vom Beitrag her nur eine zweitrangige Rolle spielt, so rangiert sie dabei emotional und prinzipiell an erster Stelle. Befürworter und Gegner fühlen sich gleichermaßen im Recht. Vordergründig dominieren in ihren Auseinandersetzungen technische Argumente. Wesentlich wäre aber, aus heutiger, veränderter Sicht die Notwendigkeit der Kernenergie und ihre prinzipielle Beherrschbarkeit erneut zu hinterfragen und über eine angemessene Verteilung und Zuordnung von möglichen Risiken und unvermeidlichen Schadfolgen nachzudenken. Solche Fragen werden in der Regel ausgeklammert, sie gelten als "ideologisch". Ausschlaggebend für Entscheidungen sind vor allem ökonomische, organisatorische und, was verständlicherweise selten betont wird, machtpolitische Aspekte. Es ist zunächst schwer verständlich, warum eine pluralistische, dialogfähige Gesellschaft nicht auch bei der Kernenergieproblematik imstande sein sollte, mit ihren bewährten, wenngleich etwas langsamen demokratischen Prozeduren letztlich zu ausgewogenen Übereinkünften und tragfähigen Entscheidungen zu kommen. Die Besonderheit bei der Kernenergie im Vergleich zu den uns geläufigen Brennstoffen ist jedoch, daß sie eine millionenfach höhere Energieentfaltung ermöglicht. Ungewöhnlich ist dadurch nicht der Prozessablauf. Er ist mit ähnlichen Mängeln behaftet, wie der beim Verbrennen von Kohle: Brandgefahr bei Störfällen und nicht geschlossene Prozessketten (was allerdings auch schon bei der Kohle Kopfzerbrechen bereitet, da hierbei, neben giftigen Abgasen, das klimagefährdende Treibhausgas Kohlendioxyd als Endprodukt übrigbleibt). Es ist vielmehr die millionenfach höhere Energiedichte, die bei der Kernenergie zu einer ganz neuen Bedrohungsqualität für den Menschen führt: mögliche Schäden in einem räumlich wie zeitlich alles bisherige übersteigenden Ausmaße und die schwer überschaubaren Spätfolgen einer immer noch ungelösten Entsorgung des stark und langlebig strahlenden radioaktiven Atommülls. Die Abwehr dieser erhöhten Gefahren erfordert notwendig eine neue Qualität des gesellschaftlichen Dialogs. Dieser Dialog findet jedoch nicht statt.



Energiekonsensgespräche zwischen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen sind in der Vergangenheit wiederholt geführt worden, aber, trotz einiger Etappenerfolge, letztlich im Polarisationsfeld der Parteien gescheitert, worüber allerdings nicht alle unglücklich waren. Wegen der neuerlich gesetzlich eröffneten Möglichkeit, schon durch Zwischenlagerung des Atommülls den für den Betrieb von Atomkraftwerken gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Entsorgungsnachweis erfüllen zu können, schienen Regierungskoalition und Kernenergiebefürworter für neue Energiekonsensgespräche zum jetzigen Zeitpunkt keinen dringenden Handlungsbedarf mehr zu sehen. Dies war, glaube ich, eine schwerwiegende Fehleinschätzung, die sich jetzt rächt. Denn nach allen den vorausgegangenen heftigen Auseinandersetzungen über das für und wider der Kernenergienutzung hätte es eigentlich klar sein müssen, dass spätestens mit der vertraglich fest vereinbarten Rückholung des in deutschen Kernkraftwerken angefallenen radioaktiven Atommülls aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, der alte Streit in unverminderter Härte wieder ausbrechen würde, wenn die Zwischenzeit nicht voll genutzt wird, um einer für alle Seiten tragfähigen Vereinbarung über die langfristige Zukunft der Atomenergie näher zu kommen. Diese Chance wurde verschlafen oder wohl besser, erst gar nicht ernsthaft aufgenommen. Denn offensichtlich hatte man dabei wohl auf die schnelle Vergesslichkeit der augenblicklich stark durch andere Probleme gebeutelten Bürgerinnen und Bürger gesetzt und dies auch noch in einer Woche, in der anlässlich des 10. Jahrestages der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl nun wirklich jedermann die Möglichkeit hatte, sich über deren verheerende Folgen und gigantische Kosten ausgiebig zu informieren.

Die Schwerpunkte der Energieproblematik haben sich seit der Pionierzeit der Atomenergie vor vier Jahrzehnten wesentlich verschoben. Eine forcierte Bereitstellung weiterer nicht-erneuerbarer Energieträger auch bedenklicher Art, angesichts der drohenden Erschöpfung fossiler Brennstoffe, steht nicht mehr ganz so im Vordergrund. Hauptsorge bereitet heute mehr die durch unseren wachsenden Konsum zunehmende Belastung und Zerstörung unserer Mitwelt, die ja nicht einfach nur die für uns nutzbare Umwelt ist, sondern unsere natürliche Lebensgrundlage, von der wir existentiell abhängen. Die Erhaltung der Vitalität und Produktivität des uns tragenden Ökosystems muß deshalb höchste Priorität erlangen. Dies führt zur Forderung nach höherer Effizienz bei Nutzung von Energie für unsere Bedürfnisse, doch auch nach Suffizienz, nach Genügsamkeit im Sinne einer vernünftigen Begrenzung eskalierender neuer Bedürfnisse. Unter diesen notwendigen Bedingungen der Nachhaltigkeit könnten wir aus heutiger Sicht wohl langfristig unsere gesamte Energieversorgung direkt oder indirekt aus der ständig eingestrahelten Sonnenenergie beziehen und schon kurz- und mittelfristig ohne Schwierigkeiten auf die Nutzung der Kernenergie verzichten. Mit einem definitiven Ausstieg aus der Kernenergie könnten wir die Voraussetzung schaffen, uns einvernehmlich über eine möglichst befriedigende Entsorgung des nun einmal nicht mehr aus der Welt zu schaffenden, begrenzten Atommülls zu verständigen. Denn die meisten werden sich wohl in einem überschwemmten Raum am Wasserschöpfen beteiligen, wenn einmal der Wasserzulauf gestoppt ist.

Überlegungen zu einer langfristigen Energiedeckung nur aus regenerativen Quellen sind enorm vernünftig und haben bei maximaler Steigerung der Energieproduktivität auch eine gute Realisierungschance. Eine solche Option würde uns niemals in die Zwickmühle bringen, jemals aus purer Not auf eine, wegen ihres unbegrenzten Schadenspotentials, unzumutbare und extrem fehlerunfreundliche Energiequelle wie die Kernenergie zurückgreifen zu müssen. Auch die theoretisch errechneten winzig kleinen Wahrscheinlichkeiten für große Störfälle machen solche Kraftwerke nicht akzeptabler, weil wir das russische Roulette, auf das wir uns dabei einlassen müssen, ja nicht an der eigenen Schläfe erproben, sondern an den Köpfen unserer Kinder.